



von Helmut Markwort

Seltsam, dass Politiker von CSU und SPD auf Skandalberichte nicht reagierten

Montag

Die Merkwürdigkeiten um den Asylbetrug in der Bremer Außenstelle des Bamf reißen nicht ab. Die unglaublichen Manipulationen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hätten viel früher aufgedeckt werden können, wie sich jetzt herausstellt. Ein Innenminister der SPD muss sich genauso anklagen lassen wie vorher der Bundesinnenminister aus der CSU und sein Staatssekretär.

In beiden Fällen haben aufrechte und verantwortungsbewusste Beamte die Minister über die Missstände informieren wollen, mussten aber erleben, dass ihre Berichte ignoriert wurden. Jeweils wurden für diese schwerwiegenden Versäumnisse aberwitzige Begründungen vorgeschoben.

Warum die Minister nicht untersuchen wollten, dass die Leiterin der Bremer Bamf-Filiale rechtswidrig und systematisch Flüchtlingen aus dem gesamten Bundesgebiet politisches Asyl gewährte, ist rätselhaft.



Glück gehabt Kanzlerin Merkel und Innenminister de Maizière überstanden die Bamf-Affäre

Über den Fall aus dem Ministerium von Horst Seehofer habe ich in diesem Tagebuch schon berichtet. Die aufmerksame Regierungsrätin Josefa Schmid, aus Niederbayern nach Bremen versetzt, hatte dem Bundesinnenministerium einen ausführlichen Bericht geschickt und die fragwürdigen Asylgewährungen erläutert.

Der Parlamentarische Staatssekretär Stephan Mayer, CSU-Mitglied wie sein Chef Seehofer, musste zugeben, dass der Bericht in seinem Büro angekommen war. Er hatte ihn aber nicht gelesen. Die Begründung war peinlich für ihn und seine Referenten. Im Zeitalter der Digitalisierung entschuldigte sich der Spitzenpolitiker tatsächlich im Fernsehen mit der Ausrede, er sei 14 Tage auf Dienstreise gewesen.

Derzeit prüfen hochrangige Mitarbeiter des Ministeriums die Möglichkeit, der Informantin Josefa Schmid Verstöße gegen beamtenrechtliche Vorschriften nachzuweisen.

Der zweite Fall, in den die SPD verwickelt ist, schließt sich daran an. Hauptdarsteller ist der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius, den der einstige Kanzlerkandidat Martin Schulz zu seinem Bundesinnenminister aufbauen wollte.

Der Hannoveraner hatte im Mai Seehofers Ministerium wegen seiner „Kommunikationsprobleme“ kritisiert. Jetzt enthüllt die „Bild am Sonntag“, dass Pistorius selber schon Monate vorher auf den Skandal im Bremer Bamf hingewiesen worden war, ohne zu reagieren.

Ein ranghoher Beamter aus Bremen hatte sich an die damalige SPD-Bundestagsabgeordnete Michaela Engelmeier gewandt und um Kontakt zu Pistorius



Rätselhafte Löschung

Im Ministerium von Boris Pistorius verschwand ein Skandalbericht

gebeten. Er hatte offenbar Sympathie für die SPD, denn er schrieb, bei Bekanntwerden der Affäre sei die Wahl für die Partei noch nicht verloren: „... dann muss der Innenminister gehen, und Merkel hat auch ein dickes Problem.“

Die Abgeordnete sprach mit ihrem Genossen und machte den Weg frei für die brisanten Informationen. Der Beamte schickte eine ausführliche E-Mail nach Hannover ins Ministerium. Dort kam sie auch an. Und versickerte.

Pistorius, damals im Urlaub, will sie zur Prüfung an Mitarbeiter seines Hauses weitergeleitet haben. Er kann sich nicht erinnern, an wen. Eine Rückmeldung habe er nie bekommen.

Angeblich lässt sich der Vorgang auch nicht aufklären. Laut Ministerium lässt sich der Weg der Mail nicht rekonstruieren: „wegen turnusmäßiger Löschungen“.

Diese Aussage bezweifeln Fachleute aus Ministerien und Unternehmen. Sie fragen, wie schnell gelöscht wird und ob sich die Nachrichten nicht zurückholen lassen.

Die spannendere Frage ist, warum Politiker so wenig Neigung haben, Skandale zum Thema Flüchtlinge an die Öffentlichkeit zu bringen.